

Übern Runden Tisch gezogen



Wochenblatt 15.10.2014

Auf dem Gelände des Berufsförderungswerkes sollen bis zu 400 Flüchtlinge untergebracht werden. 350 Menschen sind in Farmsen bereits untergebracht Fotos: Glitz

Bürgerverein kritisiert Entscheidung für 400 weitere Flüchtlinge auf BFW-Areal

Von Rainer Glitz

Hamburg In Hamburg kämen jede Woche 150 Flüchtlinge an, denen schnell und solidarisch geholfen werden müsse, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Bezirksfraktionen von SPD und Grünen. Um den Einsatz von Zelten zu vermeiden, würden derzeit alle Möglichkeiten überprüft, in bestehenden Gebäuden weitere Unterbringungsplätze bereit zu stellen.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration habe sich deshalb entschlossen, in der August-Krogmann-Straße in einem leergestehenden Gebäude des Berufsförderungswerkes eine Notunterkunft für bis zu 400 Flüchtlinge einzurichten. „Wir würden uns eine bessere Aufteilung der Unterkünfte auf die Stadtteile im Bezirk wünschen“, so die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Anja Quast und Dennis Paustian-Döscher. Positiv bewertet Rot-Grün, dass die Flüchtlinge in der August-Krogmann-Straße in Apartments untergebracht werden sollen.

Kritik im Stadtteil

Was Quast und Paustian-Döscher als „nicht optimal“ beurteilen, wird im Stadtteil heftig kritisiert: nämlich die direkte Nachbarschaft zu der bestehenden Unterkunft. „Uns ist wiederholt versichert worden, dass der Stadtteil Farmsen mit der Unterbringung von 350 Flüchtlingen seinen Beitrag leistet“, so Hans-Otto Schurwanz, Vorsitzender des Bürgervereins Farmsen-Berne.

Dass man jetzt über die Köpfe der Bürger hinweg eine solch weitreichende Entscheidung getroffen habe, lasse fehlende Sensibilität der Verantwortlichen vermissen. Bei der Entscheidung sei weder das Berufsförderungswerk noch der Runde Tisch eingebunden gewesen, so Schurwanz und weiter: „Wenn die Politiker meinen, dass der Runde Tisch lediglich zur Kenntnis zu nehmen hat, was andernorts bereits entschieden wurde, werde ich meine ehrenamtliche Aufgabe im Runde Tisch überdenken.“

Die örtliche CDU betont, sie wolle sich der Verantwortung einer menschenwürdigen Unterbringung stellen. Aber: „Wir plädieren weiterhin für kleine Einrichtungen mit gerechter und fairer Verteilung der Bewohner in den verschiedenen Stadtteilen“, so Huy-Tam Van, Vorsitzender des Ortsverbandes Farmsen-Berne. Mit dieser Verdichtung werde der Stadtteil an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen, etwa bei Kitas, Schulen sowie offener Kinder- und Jugendarbeit. Der Senat müsse die Infrastruktur entsprechend verbessern, fordert Van. Die Suche nach alternativen Standorten müsse weitergehen.

